

POSTULAT
der SPO-Fraktion, durch Grossrat (Suppl.) Marc Kalbermatter und Grossrätin (Suppl.)
Laura Kronig und Mitunterzeichnende betreffend politische Bildung in der
Grundausbildung der Lehrkräfte (11.05.2007) 3.114

Im Postulat der SPO-Fraktion und in seiner Entwicklung werden drei Themen angesprochen:

- I) **Die politische Bildung**, der ehemalige „Staatskundeunterricht“, mit der die Demokratie – durch das Verständnis ihrer verschiedenen Facetten – gefördert sowie die staatsbürgerlichen Kenntnisse und Kompetenzen der Schüler entwickelt werden sollen.
- II) **Bildung im Bereich der politischen Prozesse und Zusammenhänge**, welche den Schüler mit den grundlegenden politischen Ideen vertraut machen soll. Nur die Aneignung solcher Kenntnisse ermöglicht ein freies und auf aufgeklärter Wahl beruhendes politisches Engagement sowie ein nachhaltiges Interesse für die Politik.
- III) **Das ethische Verhalten** der Schüler und der Lehrkräfte. Das Postulat fordert die konkrete Umsetzung der demokratischen Einstellung, deren Werte für ein harmonisches Zusammenleben stehen, wie beispielsweise der echte Dialog, die konstruktive Debatte, die gegenseitige Toleranz, das mutige Vertreten seiner Meinung, selbst wenn es sich um die Meinung der Minderheit handelt.

Auch wenn diese drei Aspekte der Politik zwar sehr nah beieinander liegen und miteinander verknüpft sind, müssen sie im Zusammenhang mit der Ausbildung der Schüler und indirekt der Lehrkräfte (PH) separat betrachtet werden.

I. Die politische Bildung

a) Im Bereich der politischen Bildung hat sich in der Schweiz im Jahre 2005 anlässlich des vom Europarat ausgerufenen europäischen Jahres der Demokratieerziehung einiges getan: Anlässlich der Abschlusskonferenz vom 3. Februar 2006 in Bern haben mehr als 70 Teilnehmende über die Massnahmen zur nachhaltigen Förderung der politischen Bildung und des Demokratieverständnisses in der Schweiz diskutiert. Das vorliegende Postulat widerspiegelt daher ein in der gesamten Schweiz ernst genommenes Anliegen.

In diesem Sinne hat Nationalrätin Pascale Bruderer am 4. Oktober 2007 eine im Nationalrat noch nicht behandelte Interpellation hinterlegt, mit der sie eine grössere Aufmerksamkeit für die politische Bildung fordert.

b) Auf kantonaler Ebene hat die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) unterstrichen, wie wichtig die Förderung der politischen Bildung für die Kantone sei und in diesem Zusammenhang sogar von einem zentralen Ziel gesprochen.

In Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe c des von den Mitgliedern der EDK einstimmig angenommenen HarmoS-Konkordats über die Harmonisierung der obligatorischen Schule, welches dem Walliser Parlament im Mai 2008 zur Ratifizierung unterbreitet wird, wird die politische Bildung als eines der prioritären Ziele der obligatorischen Schule betrachtet.

Dieser Artikel bezeichnet die Befähigung der Schüler, *„die grundlegenden Zusammenhänge des sozialen und politischen Umfeldes zu kennen und zu verstehen“* als eine Priorität. Absatz 3 desselben Artikels besagt: *„Die Schülerinnen und Schüler werden in ihrer Entwicklung zu eigenständigen Persönlichkeiten, beim Erwerb sozialer Kompetenzen sowie auf dem Weg zu verantwortungsvollem Handeln gegenüber Mitmenschen und Umwelt unterstützt.“* Diese

Bestimmungen des HarmoS-Konkordats¹ werden in den Lehrplänen der verschiedenen Sprachregionen übernommen und konkretisiert. In Bezug auf das Wallis sind dies der Lehrplan der „Westschweizer Schulvereinbarung“ (die dem Walliser Parlament zum selben Zeitpunkt wie das HarmoS-Konkordat unterbreitet wird) und der sich zurzeit in Erarbeitung befindliche Deutschschweizer Lehrplan.

Der Kanton Wallis wird auf Grundlage dieser Dokumente seinen eigenen Lehrplan ausarbeiten, in dem die politische Bildung einerseits als Fach und andererseits generell im Rahmen der Allgemeinbildung des Kindes integriert werden soll. Die PH wird im Rahmen der Festlegung des Inhalts der neuen Grundausbildung der Lehrkräfte dasselbe tun.

c) Auf Sekundarstufe I und II haben die PH-Studierenden zwar bereits Kenntnisse im Bereich der politischen Bildung und des Staatskundeunterrichts erhalten. Jedoch teilt das Erziehungsdepartement die Meinung der Postulanten, dass in diesem Bereich Mängel bestehen und schlägt vor, dass bis Inkrafttreten der unter Punkt b erwähnten neuen Lehrpläne die im Postulat bemängelten Bildungslücken wie folgt ergänzt werden:

- einerseits während der Grundausbildung der Lehrpersonen der Sekundarstufe und zwar im Rahmen der Kurse über Geschichtsdidaktik (48 Stunden)
- und andererseits im Rahmen der Weiterbildungen und Zusatzausbildungen an der PH. Es gilt darauf hinzuweisen, dass das Weiterbildungsprogramm 2007-2008 bereits verschiedene Kurse enthält, in denen auch Fragen der politischen Bildung behandelt werden. Das DEKS wird jedoch dafür sorgen, dass das Weiterbildungsprogramm 2008-2009 einen spezifischen Kurs über die politische Bildung beinhaltet.

II. Die Bildung im Bereich der politischen Prozesse und Zusammenhänge

Aus offensichtlichen Gründen in Zusammenhang mit der Reife der Schüler kann ein solcher Unterricht, der zur Vertiefung der Kenntnisse über die verschiedenen grossen politischen Stossrichtungen beitragen soll, erst am Ende der obligatorischen Schulzeit systematisch erfolgen. Ein verfrühter Unterricht in diesem Bereich könnte in Bezug auf das politische Interesse und das politische Engagement kontraproduktiv sein.

Auf der Sekundarstufe erhalten die Schüler und Studierenden vor allem im Philosophie-, Ethik-, Geschichts- Volkswirtschafts- und Geografieunterricht die nötigen Kenntnisse, um sich eine eigene Meinung bilden zu können.

III. Das persönliche ethische Verhalten

Die von den Schülern erwarteten Verhaltensweisen – namentlich die Fähigkeit zum Dialog, zur konstruktiven Debatte, zur gegenseitigen Toleranz und zur mutigen Vertretung seiner Meinung gegenüber Andersdenkenden – können nicht im Rahmen eines spezifischen Kurses gefördert werden. Sie müssen eine allgemeine Aufgabe des Unterrichts in sämtlichen Fächern vom Kindergarten bis zur Maturität darstellen.

In diesem Sinne unterstützen wir den Grundsatz, wonach die künftigen Lehrkräfte für das Thema des ethischen Verhaltens ganz besonders sensibilisiert werden sollen und sehen die Notwendigkeit, dieses Verhalten im täglichen Unterricht durch praktische Mittel zu fördern – dies auf sämtlichen Unterrichtsstufen und im Rahmen sowohl der Grundausbildung als auch der Weiterbildung und Zusatzausbildung.

Es gilt darauf hinzuweisen, dass bei der PH Fragen zu den Grundwerten für das Zusammenleben bereits regelmässig im Rahmen der Kurse über die Ethik des Lehrberufs (24 Stunden), die Geschichte der schulischen Institutionen (24 Stunden), die politischen und wirtschaftlichen Aspekte der Erziehung (24 Stunden) und die Erziehungssoziologie (24 Stunden) angesprochen werden.

Aus all diesen Gründen und im oben ausgeführten Sinne wird das Postulat angenommen.

Sitten, den 10. Januar 2008

¹ http://www.edk.ch/d/EDK/Geschaeft/framesets/mainAktivit_d.html